

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 436 03. Juni 2009

15. Jahrgang

## "Wir leben inmitten einer grossen Konfusion"

Die Krise rund um den "Fall Rosenberg" löste verschiedene Ausdrucksformen sozialer Unzufriedenheiten aus bis hin zu Zusammenstössen zwischen einzelnen Sektoren. Ist dies der Beginn neuer sozialer Bewegungen? Erwacht in Guatemala ein neues staatsbürgerliches Bewusstsein? Oder ist das Land einmal mehr vollkommen polarisiert?

Diese Fragen beantwortet im folgenden Interview der Soziologe, Schriftsteller und Journalist Mario Roberto Morales. Morales hat über Demokratie, Kultur, Bildung und soziale Bewegungen geschrieben und ist u.a. Autor des Buches "La articulación de las diferencias ó el síndrome de Maximón", in dem er ein populäres Mestizentum, bzw. ein "allgemeines interethnisches Subjekt" beschreibt. Das für den ¡Fijáte! gekürzte, nachfolgende Interview erschien am 22. Mai 2009 in der Beilage "Revista" der Tageszeitung *Diario de Centro América*.

Frage: In diesen Tagen geht alles drunter und drüber. Wer sind die sozialen Bewegungen, die auf die Strasse gehen und protestieren?

Mario Roberto Morales: Um die Dynamik der sozialen Bewegungen in Guatemala zu erklären, muss man einen Blick zurück in die Entstehungsgeschichte der heutigen sozialen Bewegungen werfen. Es begann mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen, die allein aufgrund des Druckes der UNO zustande kamen. Man wollte dem transnationalen Kapital die Tür öffnen, und dazu musste der Krieg beendet werden. Nach den Friedensabkommen floss denn auch prompt das Kapital ins Land, und die Oligarchie wurde zum Junior-Partner der Transnationalen.

Nach den Friedensabkommen ersetzte der damalige Präsident Alvaro Arzú die staatlichen Wirtschaftspläne durch Finanzierungsbeiträge aus der internationalen Zusammenarbeit. Ein Effekt dieser Art von internationaler Zusammenarbeit ist die Zersplitterung der Zivilgesellschaft, die nicht mehr in der Lage ist, eine einheitliche Vorstellung von Staat zu entwickeln. Die Mystik der sozialen Bewegungen ist zerstört, und niemand nimmt mehr an einer Mobilisierung teil, ohne dass man ihn oder sie dafür bezahlt oder ihnen mindestens den Transport und das Mittagessen spendiert. Die sozialen Bewegungen haben ihre emanzipatorische Dimension verloren.

Frage: Das heisst, heute dreht sich alles ums Geld?

M.R.M.: Das Positive ist, dass die Kooperation endlich realisiert hat, was sie mit ihrer Hilfe bewirkt und dass sich die Situation ihrer Begünstigten nicht substantiell verbessert hat. Die sozialen Bewegungen können am ehesten mit dem post-marxistischen Konzept der "neuen sozialen Bewegungen" umschrieben werden. Es geht ihnen nicht mehr um Machtübernahme, sondern darum, dass sie teilhaben können an den Vorteilen und Rechten, die ihnen als BürgerInnen zustehen. Es geht weder darum, die Welt noch die Strukturen zu verändern, sondern darum, zu gleichberechtigten Bedingungen ein Stück vom Kuchen zu bekommen.

Frage: Gilt das auch für die Bewegungen, die sich jetzt rund um den "Fall Rosenberg" mobilisieren?

M.R.M.: Auf der einen Seite sind sie, leider, bezahlt. Und auf der anderen Seite sind es vor allem Familienangehörige und FreundInnen, die da mobilisiert werden. Mit dem "Fall Rosenberg" hat die Rechte ihren Gerardi, ihren Märtyrer bekommen. Er war der Inbegriff eines erfolgreichen und vermögenden Mannes, eines guten Bürgers, der aus einer guten Familie stammt. Ich will nicht darüber spekulieren, wem und weshalb sein Tod etwas nützt, das ist Stoff für einen Thriller, der jenen über Gerardi noch überbietet. Doch nun gibt es diese Mobilisierungen: Auf der einen Seite bietet die Regierung Leute auf, auf der anderen organisiert sich die Bourgeoisie und die bessergestellte Mittelklasse über die elektronischen Medien (Eine *Facebook*-Gruppe unter dem Namen "Staatsstreich" hatte in kürzester Zeit 36'000 Mitglieder, die Red.).

Frage: Aber die "Pro-Rosenbergs" vereint nicht das Geld...

M.R.M.: Sie sind aber auch keine soziale Bewegung, sondern ein Klassen-Phänomen. Die Rechte will Präsident Colom stürzen seit er an der Macht ist, weil sie glaubt, dass er ein Linker sei. Seit die Linke in El Salvador die Wahlen gewonnen hat, wächst die Angst, dass in Guatemala etwas Ähnliches geschehen könnte - wobei die aktuelle guatemaltekeische Regierung nie linker sein wird, als sie im Moment ist. Das Märtyrertum von Rosenberg kommt der Rechten gelegen, es ist der beste Vorwand, um die Regierung zu stürzen. Man geht subtiler vor, wie der UnternehmerInnenverband CACIF, der dazu aufruft, den Rechtsstaat zu wahren und die *Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) auf den Plan ruft in der Hoffnung, dass deren Untersuchung Colom für schuldig oder verantwortlich erklärt. Ob er es ist oder nicht, das weiss ich nicht, aber seine Existenz steht auf der Kippe. Ich denke, es ist zum jetzigen Zeitpunkt ein

Fehler, sich pro oder contra zu stellen.

Frage: Haben die Menschen in Guatemala ein Bewusstsein? Hat Guatemala ein Bewusstsein?

M.R.M.: Nein. Guatemala durchläuft seit 1954 einen Rückschritt in Sachen Bildung, erwachsene Personen sind heute weniger gebildet als noch vor 20 Jahren. Ihre Fähigkeit zur Analyse und zur Kritik ist gering. Die jungen Menschen von heute können praktisch nicht mehr lesen. Sie leiden unter einer Art Gehirnschwund, was es ihnen verunmöglicht, geschriebene Codes zu entschlüsseln. Seit ihrer Kindheit sitzen sie vor dem Fernseher. Die Leute haben auch verlernt, in Zusammenhängen zu denken, sie bringen die verschiedenen Themen oder Probleme nicht zusammen.

Frage: Sprechen wir über die Angst, uns mit uns selber zu konfrontieren...

M.R.M.: Wir haben Angst vor unserem Mestizentum. Das meine ich, wenn ich vom "Maximón-Syndrom" spreche. Unsere kulturelle und identifikatorische Spaltung beruht immer noch auf Konzepten der Kolonialisierung: Indios und Ladinos. Doch die heutige Durchmischung in Guatemala kann längst nicht mehr in diese beiden Kategorien eingeteilt werden. Rigoberta Menchú ist ebenso Mestizin wie es Alvaro Arzú ist. Das heisst nicht, dass die beiden gleich sind; ihr jeweiliges Mestizentum ist durchaus kulturell, ökonomisch, sprachlich etc. unterschiedlich geprägt. Wir haben immer noch nicht gelernt, mit der Geschichte unserer Gesellschaft umzugehen, uns damit zu befassen, wie die heute existierenden Spaltungen entstanden sind. Die guatemalteken Intellektuellen sollten sich mit der Geschichte des Mestizentums beschäftigen. Wie entstanden die Ladinos? Wie entstanden die Criollos? Das Problem ist, dass man immer alles in schwarz und weiss unterteilen will, aber so einfach ist das nicht, und das macht das Mestizentum so kompliziert.

Frage: Sie beschreiben die kulturelle Kreuzung, aber wie steht es mit der Ideologie?

M.R.M.: Auch da wird nur in schwarz und weiss gedacht. Deshalb schlage ich das "allgemeine interethnische Subjekt" vor, ein Individuum, das sich bewusst ist, dass sich unsere Verschiedenheiten irgendwie artikulieren müssen. Man hat mich oft missverstanden und mir Gleichmacherei unterstellt. Das stimmt nicht. Wir sind alles Mesti-

zInnen, aber wir sind sehr verschieden.

Frage: Sie haben kürzlich geschrieben, es gebe Menschen, die Angst vor der Demokratie hätten.

M.R.M.: Natürlich gibt es das. Zum Beispiel die Oligarchie, ihr Diskurs ist demokratisch, aber sollte sich eines Tages die Demokratie in Guatemala durchsetzen, verliert die Oligarchie ihre Privilegien. Wir leben in einem zurückgebliebenen Kapitalismus, in einem Kapitalismus der Grossgrundbesitzer. Den Kapitalismus zu demokratisieren bedeutet, dass es immer mehr Kapitalisten gibt. Aber in Guatemala gibt es schon genügend von ihnen! Deshalb prallen der neue Kapitalismus und der Kapitalismus der Oligarchen so heftig aufeinander. Den Oligarchen passt diese Zurückgebliebenheit, und um diese zu bewahren, greifen sie auf die Gewalt zurück.

Frage: Und was macht die Linke?

M.R.M.: Es gibt sie noch, aber sie ist besiegt, und ihre wenigen Vertreter sind schon alt. Ich sage zu den jungen Leuten, die bei mir studieren, dass es nötig sei, eine Generation von Intellektuellen zu schaffen. Radikale und kritische Intellektuelle, die in der Lage sind, an die Wurzeln der Probleme zu gehen und die ihr Urteilsvermögen einsetzen können. Die Kritik, das sagte schon José Martí, ist der Ausdruck des Urteilsvermögens, und wer eine eigene Meinung hat, ist ein freier Mensch. Aber die Leute sind aufgeweicht vom medialen Konsumismus und sind unfähig, die Gesamtheit zu sehen.

Frage: Hat denn die Regierung das Gesamte im Blick?

M.R.M.: Das intellektuelle Niveau ist auch dort sehr schwach. Es gibt ein paar Junge innerhalb der Regierung, die es gut meinen, und da sehe ich ein gewisses Potential. Aber es ist schwierig, in einem Land eine Regierung aufzubauen, das seit Jahrzehnten ein solch schlechtes Bildungsniveau hat. Wir haben ganze Generationen schlecht ausgebildeter Leute. Man beginnt zu improvisieren, die Maschinerie läuft von selber, und die Menschen passen sich dem Rhythmus der Maschinen an. Sie können nur noch die bestehende Krise verwalten, eine Krise, die nun schon zu lange andauert. Es fehlt an Kontinuität in der Regierung, an einem Wirtschaftsplan, der uns alle einbindet in die Arbeit, ins Lohnsystem, in den Konsum. Danach müsste ein Plan zur Modernisierung des

Staates folgen in dem Sinne, dass es uns nicht mehr egal ist, wer in diesem Land an der Macht ist. Es braucht einen politischen Pakt, in den alle sozialen Klassen involviert sind, selbst die Oligarchie.

Frage: Manchmal scheint es, als wären wir in der Zeit stehengeblieben. Wann haben wir den Pausenknopf gedrückt?

M.R.M.: In den 60er Jahren. Aber eher als "stehengeblieben" scheint mir, dass wir in einer lange anhaltenden Konfusion leben. Die Rhetorik der Linken stammt aus den 60er Jahren, die Rechten haben den demokratischen Diskurs den Neoliberalen überlassen: Den Staat abschaffen bzw. ihn zum Polizisten machen, der nur noch das Gesetz hütet. Das Gesetz, das SIE schützt. Und nun haben sie Angst, dass es einen Linksrutsch gibt wie in anderen lateinamerikanischen Ländern. In Guatemala fehlt es an linken Persönlichkeiten, und trotzdem wollen die Rechten Colom stürzen, denn sie fürchten einen populistischen Umschwung.

Frage: Kann der "Fall Rosenberg" Ausschlag für eine soziale Krise sein?

M.R.M.: Ich glaube nicht. Alle rufen dazu auf, die Institutionalität zu bewahren. Der CACIF hofft auf eine Verurteilung und Diskreditierung von Colom, womit das UnternehmerInnen-tum sich den nächsten Wahlsieg garantiert hätte. In diesem Sinn ist der "Fall Rosenberg" ein harter Schlag für Colom, und es ist noch nicht klar, ob er sich davon erholen wird.

Frage: Wie geht es weiter?

M.R.M.: In dieselbe Richtung - noch mehr Chaos.

Frage: Wird sich die guatemalteke Bevölkerung wehren?

M.R.M.: Kurzfristig würde ich das bezweifeln. Jene Länder, denen es gelungen ist, Einheit trotz Vielfalt zu erreichen, hatten Wirtschaftspläne, welche die gesamte Bevölkerung einbezogen, und ein Bildungssystem, das die Menschen mit ihrer Geschichte konfrontierte. Solange dies nicht der Fall ist, werden die Leute weiterhin apathisch sein und sich nicht artikulieren. Ich denke nicht, dass im "Fall Rosenberg" noch viel geschieht, aber er wird im Gedächtnis der Menschen nicht ein kritisches Bewusstsein, sondern vielmehr das Gefühl von Unbehagen und Frustration

hinterlassen. Auch daraus kann vielleicht irgendwann etwas entstehen. Ich habe so etwas wie ein mystisches Vertrauen in die Konjunktur.

Frage: Vielleicht verunmöglicht es die aktuelle Konjunktur, die strukturellen Probleme dahinter zu sehen?

M.R.M.: Man muss die Dialektik zwischen dem Allgemeinen und dem Spezifischen verstehen, das ist nicht immer einfach. Die Situation in Guatemala ist ernst, die vereinfachenden Diskurse greifen nicht. Ich sage immer, "ich ziehe es vor, etwas zur allgemeinen Enttäuschung beizutragen, als falsche Hoff-

nungen zu wecken". Aber man soll auch nicht verzweifeln.

Frage: In Guatemala ist diese "allgemeine Enttäuschung" weit verbreitet.

M.R.M.: Es gibt auch wenig Grund, optimistisch zu sein. Ich glaube an mein Land, wenn ich involviert bin, wenn ich Arbeit habe, meine Kinder zur Schule gehen können, das ist die Grundlage des Patriotismus. Doch die Situation der meisten Menschen verschlechtert sich, die Leute drehen sich im besten Fall im Kreis. Doch seit ich meiner Generation den Rücken zugedreht habe und mit der Jugend arbeite, sehe ich Unruhe und

Enthusiasmus, das freut mich. In Guatemala gibt es keinen Kontakt zwischen den Generationen. Jede für sich glaubt, sich in der Vorhölle zu befinden.

Frage: Und jede Generation wiederholt die Fehler ihrer VorgängerInnen.

M.R.M.: Genau, denn ganz ist dieser Generationenbruch eben doch nicht, sondern man gibt sich den Platz in der Vorhölle immer weiter. Ich sage immer, Guatemala ist ein karmatisches Land, und man ist hier, um sein Karma zu bezahlen. Doch wenn wir es abbezahlt haben, werden wir in der Schweiz wiedergeboren...

### Das Maximón-Syndrom (nach Mario Roberto Morales)

Das *Maximón-Syndrom* ist eine Metapher um das Switchen zwischen zwei Kulturen, zwei Identitäten, zwei Realitäten oder ethnischen Dynamiken zu beschreiben, wie sie in Guatemala geläufig sind. Das kann ein konfliktiver und schmerzhafter Prozess sein. Im Fall der Indígenas, die sich schuldig fühlen, weil sie den Lebensstandard der Ladinos oder Criollos anstreben, im Fall der Ladinos und Criollos, weil sie sich ihrer indigenen Vorfahren schämen. Es kann aber auch ein erfüllender und freudiger Prozess sein für jene, die in einer selbst definierten Form des Mestizentums ihre Identität finden und beide Seiten ihrer Kultur und Ethnie wertschätzen.

"In welcher Form leide ich oder profitiere ich am *Maximón-Syndrom*?" ist die obligate Frage aller guatemalteckischen MestizInnen, seien sie nun Indígenas oder Ladinos. Die ehrliche Antwort hängt vom Bewusstsein ab, denn sie zu beantworten, bedeutet, sich selbstkritisch mit dem eigenen Mestizentum auseinanderzusetzen. Dies wiederum ist eine autodidaktische Dynamik im interethnischen Subjekt und bildet die Grundlage der Entwicklung einer neuen, Klassen- und Ethnienübergreifenden Hegemonie. Nur so kann ein demokratisches nationales Projekt entwickelt werden, das alle in die wirtschaftlichen Prozesse (Produktion, Arbeit, Lohn, Konsum) einschliesst.

*Maximón* ist eine Heiligenfigur, die vor allem von den Maya-Völkern im westlichen Hochland verehrt wird und sich aus einer Mischung aus alten Traditionen und katholischen Glaubenselementen entwickelt hat. Einerseits ist Maximón aufgrund seiner dunklen Seiten gefürchtet, andererseits stellt er die Verbindung zwischen Unterwelt und Himmel dar.

## Frau sein - ein Verbrechen

**Guatemala 26. Mai.** "Es scheint, als ob es ein Verbrechen ist, in diesem Land eine Frau zu sein - und ich bin nicht die einzige! Ich stehe für tausende Frauen, die tagtäglich darunter leiden", resümiert Gladys Monterroso ihre Erfahrung mit der Justiz. Die Ehefrau des Menschenrechtsprokurators Sergio Morales war Ende März stundenlang gekidnappt und gefoltert worden, kurz nachdem Morales den Bericht "Das Recht zu Wissen" über das Archiv der Nationalpolizei der Öffentlichkeit präsentiert hatte (¡Fijáte! 432).

Die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) hat sich ihres Falles angenommen. Doch statt Ermittlungen durchzuführen, um die Verantwortlichen der Tat gegen sie zu finden, so die Anwältin Monterroso, beschäftigt sich die Staatsanwaltschaftsabteilung, die die CICIG unterstützt, damit, ihr Privatleben, FreundInnen, Familienangehörige und jeglichen Privatkontakt unter die Lupe nehmen. "Nachdem ich bereits zweimal die Akte über meinen Fall zur Einsicht angefordert hatte, was mir beide Male verweigert wurde, habe ich schliesslich ent-

deckt, dass in dieser eine Menge ganz persönlicher Aspekte detailliert auflistet sind, aber keine einzige Ermittlungslinie zu erkennen ist. Ich glaube, sie wollen erreichen, dass ich meine Anzeige zurückziehe, damit nicht weiter über das Thema gesprochen wird. Das ist die einzige Erklärung, die mir dazu einfällt", so Monterroso.

Ausserdem seien MitarbeiterInnen von ihr über ihr Liebesleben befragt worden, über eventuellen Konsum von Alkohol oder Drogen und ob sie möglicherweise aussereheliche Beziehungen pflege. Der Ermittler der CICIG sei der Verantwortliche gewesen für die Fragen an ihre Angestellte. "Er hat sich überhaupt nicht nach meiner Sicherheit erkundigt", versichert Monterroso. Grundsätzlich unterstütze sie die von der CICIG unternommenen Aktionen und Ermittlungen, aber in ihrem Fall gebe es offenbar persönliche Interessen des Ermittlers, die Untersuchungen zu verunglimpfen. Monterroso hat bereits einen Antrag bei der Generalstaatsanwaltschaft eingereicht, das ihr Fall an eine andere Abteilung der Institution übergeben werde.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**  
**Bankverbindung:**  
**Postbank Karlsruhe**  
**BLZ: 660 100 75**  
**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**  
**Redaktion:**  
**Barbara Müller**  
**Christiane Treeck**  
**c-tree@gmx.net**  
**Aboverwaltung:**  
**Ewald Seiler**  
**Rahel-Varnhagen-Str. 15**  
**79100 Freiburg**  
**fijate@web.de**  
**E-Mail-Abo: 50.- €**  
**Erscheinungsweise 14-täglich.**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**  
**www.guatemala.de/Fijate**

## Rosenberg-Folgen: Ermittlungen, Anzeigen, Mordkomplotte

**Guatemala, 29. Mai.** "Von einer politischen Krise zu einem Konflikt niedriger Intensität" könne der Prozess bezeichnet werden, der sich aus der Bedrohung entwickelt hat, Präsident Álvaro Colom des Amtes zu entheben, beschreibt *Inforpress Centroamericana* die aktuelle Situation hinsichtlich der Folgen des Mordes an dem Anwalt Rodrigo Rosenberg und die anschliessende Veröffentlichung eines Videos, das dieser vor seinem Tod aufgenommen hatte und in dem er unter anderem Colom und dessen Frau für den Mord an sich verantwortlich macht (siehe ¡Fijáte! 435).

Nachdem Aussenminister Haroldo Rodas in Washington vorgesprochen hatte, war der Generalsekretär der *Amerikanischen Staaten* (OAS), José Miguel Insulza, nach Guatemala gereist und hatte sich mit den verschiedenen Sektoren zusammengesetzt. In seinem abschliessenden Bericht versichert er, dass "wir in der interamerikanischen Gemeinschaft beruhigt sein können hinsichtlich der Zukunft der Institutionen in Guatemala". "Ich habe in keinem der Gespräche wahrgenommen, dass ein wirkliches Risiko für die demokratische Rechtsstaatlichkeit in Guatemala bestehen würde... Die Institutionen sind solide, die Behörden funktionieren und diese Staatsgewalt wird von niemandem in Frage gestellt", so Insulza.

Die Unterstützung Coloms und die Aufforderung, die Verfassungsordnung zu wahren, die die OEA, das *System der Zentralamerikanischen Integration* (SICA), die Europäische Union und selbst die Regierung der USA im Moment der Krise verlauten liessen, hätten, so Insulza, zu einer Wende geführt, die nicht nur Präsident Colom begünstigte, sondern zudem Türen für mögliche Verhandlungen geöffnet habe. Nichtsdestotrotz sei die Notwendigkeit zur Stärkung der Institutionen und der Justizverwaltung nicht zu leugnen. Insulza zeigte sich besorgt ob der Situation der öffentlichen Sicherheit; Fälle wie der von Rosenberg seien Zeichen für die Verwundbarkeit des aktuellen Systems.

Der Regierung obliege derweil die Aufgabe, ihren politischen Willen zu zeigen, die Ermittlungen gegen das Präsidentenpaar und die Funktionäre zu ermöglichen, die Rosenberg als Verantwortliche für seinen Tod bezeichnet und die er in Verbindung bringt mit Korruption und Drogenhandel.

Inzwischen sind die wesentlichen, von Rosenberg genannten und vermeintlich involvierten Institutionen von der Staatsanwaltschaft durchsucht worden: die halbstaatliche ländliche Entwicklungsbank BANRURAL, die *Nationale Kaffee-Vereinigung* (ANACAFE) sowie die *Föderation der Landwirtschaftlichen Kooperativen der Kaffee-*

*produzentInnen von Guatemala* (FEDE-COCAGUA). Ergebnisse sind noch kein veröffentlicht worden.

Die letzte Durchsuchung fand in vier Firmen von Gergorio Valdés statt, Financier der Regierungspartei sowie verschiedener anderer Parteien in vorherigen Wahlkampagnen. Rosenberg hatte in seinem Video Valdés beschuldigt, mit Hilfe des Privatsekretärs von Colom, Gustavo Alejos, seinen Tod geplant zu haben. Einige der Firmen von Valdés sind ob ihrer langen, dunklen und mit dem Drogenhandel verflochtenen Geschichte bekannt. Der Unternehmer pflegt weitreichende Investitionen in den verschiedensten Sektoren.

Auch der salvadorianische Analyst Carlos Avilés, Drogenhandel-Experte und Vorsitzender der *Bildungsstiftung für die Prävention des Drogenkonsums* (PREVEE), legt nahe, dass die Ermittlungen des Falles Rosenberg sich am Drogenhandel als roten Faden orientieren sollten und nicht nur die Verstorbenen, sondern auch Familienangehörige, Regierungsfunktionäre und Unternehmer mit einbeziehen sollten. Avilés betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Drogenhandels für die Finanzierung der Wahlkampagnen in Guatemala. Angeblich habe der ehemalige, Anfang 2008 ermordete Regierungsberater Víctor Rivera eine entsprechende Studie über die Geldquellen der Regierungspartei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) geschrieben, von der Coloms Gattin Sandra Torres wusste.

Die vielen offenen Fragen beschäftigen sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG). Diese beantragte diese Woche mit Erfolg, den Fall Rosenberg unter Vorbehalt zu stellen, womit sie sich einer Erleichterung des Drucks erhofft, der auf den Ermittlungen lastet. Gleichzeitig arbeitet die Zeit gegen sie, denn diejenigen Sektoren, die darauf hoffen, dass die Kommission versage, werden keine Gelegenheit auslassen, Ablenkungsszenarien aller Art zu verbreiten.

Eine davon tauchte in diesen Tagen in Form einer Anzeige auf, die beim Menschenrechtsprokurat (PDH) eingereicht wurde, jedoch, so *Inforpress*, langsam aber sicher bereits an Glaubwürdigkeit verliert. Zunächst wurde der Name des Absenders geheim gehalten, doch die Tageszeitung *el Periódico* enthüllte ihn, da sie Zugang zu dem Dokument hatte. Der Anwalt und ehemalige Richter Juan Carlos Solís Oliva denunziert darin sechs Personen - angeblich aufgrund von Hinweisen einer nicht identifizierten Frau -, von denen drei namentlich genannt werden und die die vermeintlichen Auftragsmörder von Rodrigo Rosenberg sein sollen. Zwei der Ge-

nannten sind die Brüder Carlos und Gerson Nimatus, die sich zeitnah bei der PDH meldeten. Sie gaben an, Solís Oliva zu kennen, da er ehemaliger Nachbar von ihnen gewesen sei. Seitdem hätten sie Probleme mit ihm gehabt. Solís Oliva, so *el Periódico*, habe allein in diesem Jahr schon zweimal Anzeige gegen die Brüder und weitere Personen erstattet und sie des Mordes, Kidnappings, Entführung, Erpressung, illegaler Vereinigung und des Drogenhandels beschuldigt.

Aufgrund dieser Vorgeschichte beantragten die Brüder Schutzmassnahmen durch die PDH und legten eine Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft wegen übler Nachrede, Diffamierung und falscher Beschuldigung gegen Solís Oliva ein. (Der Anwalt Solís Oliva ist Stiefsohn des Oberstleutnants Byron Lima Estrada, der zusammen mit seinem Sohn Byron Lima Oliva und dem Priester Mario Orantes wegen Mordes an Bischof Juan José Gerardi im April 1998 in Haft sitzt. Solís Oliva hatte "unabhängige Ermittlungen" im Fall des Mordes an Gerardi unternommen, doch seine Ergebnisse wurden vom Gericht zurückgewiesen. Der Anwalt hatte versucht, mittels Falschinformationen die Ermittlungen nach Möglichkeit abzulenken.)

Kurz darauf machten der Generalsekretär der *Patriotischen Partei*, Ex-General Otto Pérez Molina und die Fraktionschefin Roxana Baldetti bekannt, dass es ein mutmassliches Komplott gebe, sie beide zu entführen und umzubringen. Zugleich gebe es einen geschützten Zeugen und einen bereits verhafteten Auftragsmörder, der den Mordplan gestanden habe. Offenbar hatte die PDH die Anzeige erhalten und den Zeugen zur Staatsanwaltschaft geschickt. Generalstaatsanwalt Amílcar Velásquez Zárate, der mehrmals von der Partei vorgeladen worden war, versicherte dieser schliesslich, die Ermittlungen folgten ihrem Gang, Beweis dafür sei, dass die beschuldigte Person bereits in Haft sei. Der Partei, die die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Fall Rosenberg in Frage stellt, wirft er derweil vor, den Fall zu ihren Gunsten zu politisieren.

Die *Patriotische Partei* war eine der ersten gewesen, die nach Bekanntwerden des Videos von Rosenberg den Rücktritt von Colom forderte, um die Transparenz der Ermittlungen zu gewährleisten. Und sie stach hervor in der Unterstützung der Demonstrationen der RegierungsgegnerInnen.

Auch Regierungssprecher Fernando Barillas muss sich der *Patriotischen Partei* erklären. Er hatte deren Anzeige des Mordkomplotts als "Politische Show" bezeichnet, die inszeniert wurde, nachdem der mutmassliche Plan, die Regierung zu destabilisieren, gescheitert war.

## Wird es in Zukunft fähige(re) RichterInnen geben?

**Guatemala, 29. Mai.** Zwischen den Rufen nach "Justiz", den Anschuldigungen gegen die Präsidentengattin und den Aufforderung, keine Steuern an "diese korrupte Regierung" zu zahlen, wurde nicht erst bei der grossen sonntäglichen Demonstration gegen bzw. für Präsident Álvaro Colom nach dem "Rosenberg-Video" auch ein anderer Ruf laut: nämlich der nach der endlichen Verabschiedung des "Gesetzes zu den Postulationskommissionen" durch den Kongress (siehe ¡Fijáte!) 434) Die Abgeordnete der Partei *Encuentro por Guatemala* hatte eine entsprechende Initiative eingereicht, doch breite Ablehnung erfahren. Das Gesetz soll die Aufstellung und Auswahl der KandidatInnen für diverse Schlüsselposten in der Staatsverwaltung regulieren: Und zwar für die RichterInnen am *Obersten Gerichtshof* (CSJ), die RichterInnen der 82 Berufungsgerichtsinstanzen, den/der GeneralrechnungsprüferIn, den/der Generalstaatsanwalt bzw. anwältin, den/der MenschenrechtsprokuratorIn sowie für jegliche andere Stellen, die mittels Postulationskommissionen besetzt werden. Die Mitglieder des *Obersten Wahlgerichts* (TSE) gehören derweil nicht dazu, da das Parteiengesetz für ihre Berufung andere Mechanismen vorsieht. Bislang haben sich die entsprechend Interessierten die Willkür der Aufstellung und Wahl zunutze gemacht, um zu erreichen, ihre eigenen Leute auf die Positionen zu heben, die bei Bedarf zu ihren Gunsten und möglicherweise weniger am Gesetz orientiert entschieden haben.

Doch auf einmal, nur eine Woche nach dem Ruf von der Strasse, wurde die Petition befriedigt. Die Fraktion *Líder* stellte aufgrund des Drucksschliesslich ihre unendlich scheinende Interpellation des Innenministers Salvador Gándara ein und erlaubte, dass die Entscheidung über das Postulationsgesetz in die Tagesordnung des Kongresses aufgenommen wurde. Trotz der vorherigen vehementen Unterstützungsverweigerung stimmten nun 128 Abgeordnete für den Vorschlag. Weitere 28, darunter die 26 Mitglieder der vormaligen Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN), zogen es vor, das Plenum zu verlassen, als Nineth Montenegro die individuelle Abstimmung beantragte.

Bislang hatte auch die Regierungspartei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) sich gegen das Gesetz ausgesprochen, doch jetzt gab sie ihm ihre unbedingte Unterstützung. Ausserdem wurde die Ausschreibung für den Moment, in dem die Kommissionen mit der Auswahl der KandidatInnen anfangen, in diesem Jahr um einen Monat nach hin-

ten verschoben. Damit ist garantiert, dass bereits die nächste anstehende Wahl, nämlich die Neubesetzung des *Obersten Gerichtshofes*, gemäss den neuen Vorgaben stattfindet.

Ziel des Gesetzes ist es, die Wahl der KandidatInnen zum einen transparenter zu gestalten und zum anderen objektivere Kriterien mit Schwerpunkt auf ihre berufliche Qualifikation einzuführen. Der Auswahlprozess soll auf Video aufgezeichnet, und regelmässig in der Zeitung über den Stand der Dinge informiert werden. Auf einer Punktliste wird die Evaluation der BewerberInnen festgehalten, die Verteilung der Plätze erfährt eine neue proportionale Mischung, so dass die Möglichkeit besteht, dass auch Personen gewählt werden, die nicht auf bestimmten Listen stehen.

Gleichwohl hat auch dieses Gesetz seine Schwächen, so ist die Gewichtung der Faktoren genauso unklar wie die Auswahl der Kriterien, die im Endeffekt in Betracht gezogen werden, da die allgemeine Gesetzeslage immer noch vorsieht, dass die zuständigen Kommission autonom sind. Auch ist mit der neuen Methode nicht garantiert, dass tatsächlich die besten ausgewählt werden, schliesslich ist auch die Bewertung der Erfüllung von Kriterien im grossen Masse subjektiv. Und auch wenn manche

befürchten, dass immer noch - fern von den Kameras - unterm Tisch gemau-schelt wird, wächst doch der Optimismus, dass mehr KandidatInnen als bislang tatsächlich wegen ihrer Fähigkeiten und nicht wegen ihrer Beziehungen die Stellen besetzen.

Nichtsdestotrotz fordern sowohl Nineth Montenegro als auch Javier Monterroso vom *Institut der vergleichenden Strafwissenschaften* (ICCPG), dass es sowohl eine Verfassungsreform braucht als auch eine Einführung des professionellen Berufsweges in den Rechtswissenschaften, wonach Beförderungen durch Leistungsnachweise und Qualifizierungen vonstatten gehen und nicht nach der Zugehörigkeit zu gewissen Machtgruppen.

Die aktuelle Konjunktur nach dem "Fall Rosenberg" war eindeutig ausschlaggebend für die Parteien, ihren politischen Willen zu demonstrieren, angesichts des gesellschaftlichen Druckes ein klares Zeichen zu setzen, die Straflosigkeit zu bekämpfen. Gleichzeitig, so erinnert Monterroso, sind die RichterInnen dann doch das letzte Glied in der Kette der Justizinstitutionen. Die Wahrung der Immunität passiert zuvor durch eine ineffiziente Staatsanwaltschaft und eine kriminalistische Ermittlung, die praktisch nicht existiert.

## Landkonflikte ohne Lösung

**Guatemala, 28. Mai.** Das *Komitée der BäuerInneneinheit* (CUC) forderte dieser Tage die baldige und effektive Intervention des Sekretariats für Agrar-Angelegenheiten in acht Konflikten, die hunderte von Familien bedrohen. Betroffen ist die Bevölkerung der drei Departements Quiché, Izabal und Alta Verapaz, durch die das Grossstrassenbauprojekt Franja Transversal del Norte führt.

VertreterInnen der Betroffenen reisten vergangene Woche in die Hauptstadt, um die sich in den letzten Monaten intensivierende Landproblematik anzuzeigen.

"Die Situation auf dem Land ist nicht mehr zu ertragen", so Rafael González, Führungsperson vom CUC, der einforderte, dass juristische Ermittlungen durchgeführt werden hinsichtlich des Besitzes der in Diskussion stehenden Grundstücke. In zahlreichen Fällen sei nämlich die Gemeindeverwaltung Eigentümerin, doch wirtschaftlich mächtige Familien hätten sich das Land zu Eigen gemacht, berichtet González.

Das CUC weiss von mindestens 20 weiteren Fällen von Landkonflikten.

Dabei geht es meist um Schutzgebiete, Grenzstreitigkeiten und Unklarheiten hinsichtlich des Rechtsstatus.

Als Beispiel der präsentierten Fälle nennt González die Finca Los Andes in der Gemeinde Suchi 3 in Puerto Barrios, Izabal. Dort wurden vor acht Jahren 123 Familien durch den vermeintlichen Besitzer des Landes vertrieben, obwohl sie mehr als 2 Millionen Quetzales an den Landfond FONTIERRAS für dieses Grundstück bezahlt hatten. Und jetzt werden sie unter Druck gesetzt und sehen keine Möglichkeit, aus ihren Schulden zu kommen, die sie für die Finca aufgenommen hatten.

In der Gemeinde San Pedro Cotijá, San Miguel Uspantán, Quiché, haben die BewohnerInnen indes 44'000 Quetzales für 44 Grundstücksanteile an den US-Amerikaner und Besitzer Thomas Paúl Mifsud bezahlt. Doch die Eigentumstitel wurden ihnen nicht ausgehändigt. Vielmehr werden sie der illegalen Landnahme beschuldigt. Zwar hat das CUC bereits einen Rechtsprozess in die Wege geleitet, aber dieser zeitigt bislang keine Fortschritte.

## Zeuge im Fall Bámaca ermordet

**Guatemala, 27. Mai.** Mitte Mai ist Ángel Nery Urizar García auf offener Strasse erschossen worden, nachdem er seine Frau in der Schule abgesetzt hatte. Urizar war ehemaliges Mitglied der inzwischen aufgelösten militärischen Geheimdienst-Abteilung G-2 gewesen und im letzten Jahr festgenommen worden, beschuldigt des Kidnappings. In seinem Auto fanden sich 9'000 Quetzales in bar.

Eine bedeutende Rolle spielte Urizar alias El Ojiva ("der Sprengkopf") in den Ermittlungen des Mordes an Efraín Bámaca, dem Kommandanten Everado des Guerilla-Kaders der *Organisation des bewaffneten Volkes* (ORPA). Nachdem Bámaca 1992 verschwunden war, tauchte in der Nähe eines Flusses eine Leiche auf, mit Schusswunden im Rücken und einem völlig entstellten Gesicht. Die Beschreibung des Körpers stimmte mit der des revolutionären Anführers überein und sofort wurde die Nachricht verbreitet, Bámaca sei tot. Sowohl das Militär als auch der damalige Menschenrechtsprokurator Ramiro de León Carpio brachten die Beschreibung in Umlauf, die sich vermeintlich in allem, ausser einem Detail mit der des Guerilleros deckten: Die Leiche hatte keine sichtbaren Narben. Die Ehefrau von Bámaca, die US-amerikanische Anwältin Jennifer Harbury, versicherte, dass diese Leiche nicht die ihres Mannes sei, der sich in den mehr als 10 Jahren des Kampfes zahlreiche Verletzungen zugezogen hatte, die ihre Spuren hinterlassen hatten. In diesem Moment tauchte Urizar García auf und gab die Umstände der Leiche bekannt.

Der gefundene Körper, der schliesslich als N.N. begraben wurde, war in Wirklichkeit ein Militär namens Cristóbal Che Pérez und hatte in etwa die gleichen Züge wie Bámaca. Urizar sagte aus, die Befehle eines Militärs gehört zu haben: "Zieht ihm eine von den Uniformen von Kommandant Everado an, dann bringt ihr ihn zum vermeintlichen Ort des Kampfes. Dort bringt ihr ihn um, um den Kommandostab der Guerilla-Front Luis Ixmatá glauben zu machen, dass ihr Kommandant tot ist." Laut Urizar war Che Pérez ausgesucht worden, da er neben der physischen Ähnlichkeit zu Bámaca keine Familienangehörige hatte, die nach ihm hätten fragen können. Nach seiner Zeugenaussage verliess Urizar das Land und es ist nicht klar, wann er nach Guatemala zurückkehrte.

Mit Hilfe von ballistischen Analysen und Phantombildern sucht die Polizei jetzt nach den Mördern von Urizar.

Der *Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof* in Costa Rica hat den Staat Guatemala bereits für schuldig befunden für das Verschwinden von Efraín Bámaca und unter anderem angeordnet, dass dessen sterblichen Überreste gefunden würden und ermittelt werde, wer die materiellen Täter waren.

Die meisten der von diesem Gericht mit Guatemala erreichten Vereinbarungen sind bis heute nicht erfüllt worden.

So wird denn das Interamerikanische Tribunal im Juli in La Paz, Bolivien, erneut über den Fall des Massakers im Dorf Dos Erres, Petén, im Dezember 1982 Gericht sitzen, wegen der ausstehenden Durchsetzung der Justiz und der Kom-

plizenschaft des Militärs. 250 Menschen waren damals von den Spezialkräften des Militärs, den *Kaibiles*, umgebracht und das Dorf dem Erdboden gleichgemacht worden. 27 Jahre seit dem Massaker und 15 Jahre, seitdem das *Erzbischöfliche Menschenrechtsbüro* (ODHAG) und die *Vereinigung von Familienangehörigen von Festgenommenen-Verschwundenen in Guatemala* (FAMDEGUA) als Nebenklägerin eine entsprechende Klage bei der Staatsanwaltschaft eingereicht haben, sind derweil vergangen. 1996 wurde der Fall vor die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* gebracht. Diese ist die Vorinstanz des Gerichtshofes. Sie bewertet und kanalisiert die eingereichten Klagen.

Im Jahr 2000 liess sich Guatemala zwar auf eine freundschaftliche Abmachung ein, seine Verantwortung einzugestehen und die Ermittlungen, Entschädigungsleistungen gegenüber den Überlebenden und die Bestrafung der Verantwortlichen zuzusichern. Doch nichts davon ist geschehen. Stattdessen hat die Verteidigung der beschuldigten Militärs mittlerweile 35 Einsprüche erhoben, die den Strafprozess lahmgelegt haben. Im Jahr 2005 gab das Verfassungsgericht schliesslich einem dieser Rekurse statt und annullierte sowohl die Haftbefehle sowie gemachte Geständnisse der Beteiligten an dem Massaker.

Nun nimmt sich also dieses Gericht auch des Falles 2 Erres an. Doch genauso wie die Vereinbarungen vor der Kommission sind auch die Urteile des Gerichtshofes nicht bindend und es gibt keine Sanktionsmöglichkeiten ausser der moralischen Diskreditierung des Staates.

## Die Schweinegrippe in Guatemala

**Guatemala, 30. Mai.** Seit dem 5. Mai hat das Gesundheitsministerium insgesamt 11 Fälle von Personen registriert, die sich gemäss Symptomen und Analysen mit der so genannten Schweinegrippe A H1N1 angesteckt haben. Die meisten von ihnen, vor allem Kinder und junge Frauen sowie eine ältere Dame, hatten sich auf Reisen in die USA, nach Mexiko und Honduras infiziert bzw. waren in Kontakt mit Personen, die von dort kamen. Drei Fälle werden derzeit noch untersucht. Alle identifizierten Erkrankten bekamen sofort eine strikte Behandlung in Quarantäne der Spitäler.

Nachdem Präsident Álvaro Colom gleich zu Beginn der vermeintlich einbrechenden Epidemie für 30 Tage den Katastrophenzustand ausrief, hob er diese Entscheidung aufgrund der vielseitigen Kritik jedoch gleich wieder auf -

jener Zustand hätte das Verbot von öffentlichen Veranstaltungen, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der BürgerInnen sowie die Option für die Regierung beinhaltet, nötige Einkäufe von Material und Medikamenten ohne die üblichen Ausschreibungen zu tätigen.

Das Gesundheitsministerium versichert derweil, ausreichend vorbereitet zu sein. Die *Panamerikanische Gesundheitsorganisation* (OPS) hat zumindest eine Massenspende des Grippemittel Tamiflu zugesagt, die Regierung hat selbst ein grosses Paket gekauft und die Krankenhäuser sind - zumindest mit Tamiflu - versorgt. Im Radio, Fernsehen und auf Plakaten wird die Bevölkerung indes zu Vorsichts- und Hygienemassnahmen aufgerufen.

In der Gesellschaft war die Schwei-

negrippe nur wenige Tage Thema; die entsprechenden Gespräche bzw. Kommentare tendierten eindeutig in Richtung Belustigung. Selbst im Fall einer Erkältung war Besorgnis nur am Rande zu hören. Allgemein dominiert die Kritik sowohl an den panikmachenden Entscheidungen der Regierung als auch an der Instrumentalisierung der Infektionskrankheit, hinter und mittels der einmal mehr weitaus problematischere politische Entscheidungen vertuscht würden.

Unterdessen versuchten vor allem die Essensstände auf den Strassen, die die in Guatemala beliebte *chicharón* - frittierte Schweineschwarte - verkaufen, durch Gratis-Aktionen und Plakate, auf denen die Bevölkerung informiert und beruhigt wurde, dass der Speck keine Infektionsgefahr darstelle, ihr Geschäft aufrechtzuerhalten.